

Auf dem dritten (Schleich-)Weg

Von der Leichtigkeit des Hinwegs und der Schwierigkeit der Umkehr

Von Alfred Schüller

Die Faszination sogenannter dritter Wege in der Mitte zwischen zwei als Extreme interpretierten konkurrenzierenden Modellen reicht weit zurück. In diesem Jahrhundert verstanden sich zunächst mit Wilhelm Röpke viele Ordoliberaler als Vertreter eines dritten Weges. Dann machte in der Folge des Jahres 1968 der tschechische Reformpolitiker Ota Sik mit seinem dritten Weg Furore. Heute sind es zahlreiche linke Parteien Westeuropas, die unter der Etikette «dritter Weg» ihrer Wählerschaft eine stärker marktwirtschaftliche Politik als sozialdemokratisch verkaufen und zugleich umgekehrt ihre dennoch sozialistische Orientierung als dritten Weg auch für Wechselwähler attraktiv und annehmbar machen wollen. Daneben gibt es den Schleichweg zu mehr Kollektivität und weniger Individualität, den wir in den westlichen Wohlfahrtsstaaten erleben. Der folgende Beitrag befasst sich vor allem mit dieser schleichenden Form sowie der aktuellen Diskussion eines dritten Weges unter sozialdemokratischem Vorzeichen. (Red.)

«In der Mitte geht man am sichersten.» Nach dieser lateinischen Weisheit kommt der goldene Mittelweg dem Wohlbefinden des Bürgers und seiner Zufriedenheit entgegen. Was liegt für Politiker näher, als mit einem dritten Weg die Wähler «in der Mitte» für die «Erneuerung der sozialen Demokratie» zu gewinnen, wie der Untertitel des Buches «Der dritte Weg» von Anthony Giddens heisst. Doch war es nicht die bisherige Politik des Ausweichens in etwas Drittes, die das wirtschaftspolitische Denken und Handeln richtungslos gemacht und in die Krise der Systeme der sozialen Sicherung und der Beschäftigung geführt hat? Um diese Frage geht es im Folgenden.

Zwischen Individual- und Kollektivprinzip

Wer einen dritten Weg will, hat eine Abneigung gegen den ersten und zweiten Weg. Dies zu verstehen, erfordert eine ordnungspolitische Wegweisung. Diese ist zu finden in den konkurrierenden Bezugspunkten ordnungspolitischen Denkens und Handelns: Werden die Menschen als blosse Zellen oder Instrumente von Kollektiven (gesellschaftliche Komplexe, Institutionen und Organisationen des [Sozial-]Staates, Parteien, Verbände, Unternehmungen) angesehen, oder werden sie als kreative, eigenverantwortliche Personen betrachtet – auch bezüglich ihrer gemeinsamen Institutionen und Organisationen?

Mit der Orientierung entweder am *Individual- oder am Kollektivprinzip* als der eigentlichen «Scheidelinie» ordnungspolitischen Denkens und Handelns (Wilhelm Röpke) sind wir in der Welt konkurrierender Wert- oder Moralsysteme; bei dritten Wegen geht es um etwas dazwischen.

Der dritte Weg als Fluchtweg

Auf dem zweiten Weg, der Zentralverwaltungs-wirtschaft sowjetischen Typs, ist prinzipiell festgelegt, was jeder Bürger im Rahmen dieses Systems von Befehlen und Zuteilungen (mit dem Charakter eines radikal-egalitären Umverteilungsstaates) zu tun oder zu lassen hat. Um dieser

planmässigen Instrumentalisierung der Menschen zu entkommen, sind (soweit dies im ideologischen und politisch-militärischen Einflussbereich der Sowjetunion möglich war) z. B. in Jugoslawien (mit der Arbeiterselbstverwaltung), in der CSSR und in Ungarn (mit der Idee der «Synthese von Markt und Plan») dritte Wege als Fluchtwege entstanden. Die Lehre aus diesen Experimenten ist: Ohne wettbewerbliches Allokationssystem, wie es auf der Grundlage privater Eigentumsrechte (Property Rights) und freier Preise im Sinne des ersten (marktwirtschaftlichen) Wegs spontan entsteht, enden dritte Wege in einer Art von Produzenten- und Beamtensozialismus. Die vorherrschende Koordination besteht in äusserst schwerfälligen, politisierten, verantwortungs- und innovationsscheuen Verhandlungslösungen.

Typische Begleiterscheinungen sind *soziale Dilemmata*, in denen das rationale Handeln der Beteiligten zu Ergebnissen führt, die für sie selbst oder für die Gesellschaft als Ganzes abträglich sind, ohne dass für die Verursacher ein hinreichender Anreiz besteht, mit ihrem Verhalten die Lage für sich und alle Beteiligten zu bessern (Christian Watrin). Damit wird das Krankheitsbild auch jener dritten Wege erkennbar, die in der parlamentarischen Demokratie schleichend entstehen können, wie etwa in Westdeutschland seit den sechziger Jahren.

Folgen unbeschränkter Demokratie

Mit der «sozialen Marktwirtschaft» gewann die ordoliberale Lehre vom ersten Weg im Wettbewerb der Systeme eine starke Anziehungskraft. Damit konnten die traditionell in Deutschland tief verwurzelten kollektivistischen Neigungen zurückgedrängt werden. Doch gelang es den zunächst gescheiterten demokratischen, christlichen und marxistischen Sozialisten, ab 1968 auch mit Hilfe der neomarxistischen Studenten- und Intellektuellenbewegung, ein geistig-kulturelles und (wirtschafts-)politisches Klima zu schaffen, in dem sich der ordnungspolitische Bezugspunkt schliesslich doch wieder zum Kollektivprinzip hin

verlagerte. Erklärbar ist diese Entwicklung mit einem nicht von Tradition oder Verfassung beschränkten Verständnis der Demokratie. In der «unbeschränkten Demokratie» (F. A. von Hayek) kann jede Mehrheit jede beliebige Frage zum Gegenstand von Regierungsmaßnahmen machen. Besonders gross ist hierbei die Versuchung, Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in den Zustand einer zunehmenden «sozialen Besessenheit» (Röpke) zu versetzen.

Die Wirkungskette des Schleichgangs

Am Anfang des Abbiegens auf einen dritten Schleichweg stehen in der Regel wählerwirksame Einschränkungen des privatunternehmerischen Handlungsspielraums durch eine kostentreibende Verstaatlichung des Sozialen – das alles im Dienste der Gleichheit. Die wachsende Kontrolle der Produktivkräfte und eine fortschreitende Sozialisierung der Einkommen durch den Staat machen es für die Interessenverbände lohnend, den offenen politischen Prozess durch Vereinbarungen untereinander oder durch Zweckbindnisse mit der Regierung zu ersetzen. Diese *korporatistische* Art der Ausübung von politischer Macht ist überwiegend darauf gerichtet, sozialpolitisch unerwünschte Auswirkungen des Marktgeschehens durch Regulierungen, Subventionen und Transferzahlungen zu verhindern oder zu sozialisieren.

Am Ende der Wirkungskette stehen dann soziale Dilemmata der oben geschilderten Art, allerdings mit einem Unterschied: In dem Masse, in dem der Wirtschaftsraum, in welchem die Kosten der sozialen Wohltaten finanziert werden müssen, *globale Züge* annimmt, gerät der geschilderte Wirkungsablauf wegen der schädlichen volkswirtschaftlichen Neben- und Nachwirkungen, die sich aus der Lockerung der Einheit von Entscheidung, Nutzung und Haftung ergeben, in Widerspruch zu den Wettbewerbsanforderungen auf den internationalen Produktmärkten: Der dritte Weg endet in beschäftigungs- und sozialpolitischen Sackgassen.

Die Schwierigkeit der Umkehr

Die Rückkehr zum Individualprinzip ist durch eine ganze Reihe von Umständen erschwert:

1. *Ignoranz*: Der geschilderte Wirkungsablauf wird mit dem Hinweis auf die Dominanz schicksalshafter externer Einflüsse geleugnet.

2. *Beharrungskraft der Interessengruppen*: Die Umkehr macht bisherige Einkommenserwartungen (einschliesslich jener der davon profitierenden Akteure in den Verbands- und Parteiorganisationen, Sozialbürokratien und kirchlichen Sozialverbänden) hinfällig.

3. *Instrumentalisierung der Nichtbedürftigen*: Auf dem sozialistischen Schleichgang geht es um die Korrumpierung der Wähler. Dabei ist der Anreiz gross, die Verstaatlichung des Sozialen auf

einem so hohen Niveau zu halten, dass nominell auch die Mittelschichten von den Regulierungen, Subventionen und Transferzahlungen zu profitieren scheinen. Bei einer sozial durchaus vertretbaren Beschränkung dieser Massnahmen auf die wirklich Bedürftigen würden – so meint jedenfalls die *Grundwertekommission der SPD* – die Mittelschichten ihr ökonomisches Interesse am Wohlfahrtsstaat verlieren und «rationalerweise für dessen weiteren Abbau plädieren, da dieser vor allem von ihren Steuergeldern finanziert wird. Der Wohlfahrtsstaat würde wichtige, mit einer einflussreichen politischen Stimme ausgestattete Verbündete verlieren.» Die Nichtbedürftigen sind folglich als sozial bedürftig zu behandeln, damit

sie im politischen Prozess Partei für die wirklich Bedürftigen ergreifen. Damit wird zwar von der *sozialromantischen Idealisierung* und Hypostasierung des Wohlfahrtsstaates als ein «moralischer Wert an sich» oder als moderner Ausdruck der «Nächstenliebe» Abstand genommen, doch wird – und das ist entscheidend – an der sozialstaatlichen Instrumentalisierung einer Vielzahl von Menschen festgehalten, die wirtschaftlich und sozial auf eigenen Füissen stehen können.

4. *Hinkendes Marktverständnis*: Wie die Lebenschancen verteilt, die Neuerungsprozesse ausgerichtet sein sollen, darüber soll primär nicht auf Märkten entschieden werden, so die Grundwertekommission der SPD. Die Kräfte des Marktes

tendierten zur Vermachtung hin, seien gegenwartsfixiert, zyklisch instabil, blind gegenüber «Voraussetzungen und Besonderheiten», vor allem aber «demokratisch nicht legitimiert». Über das *Verhältnis von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit* habe die Gesellschaft im öffentlichen Dialog zwischen den Gruppen, also nach dem Kollektivprinzip zu entscheiden. Schleierhaft bleibt, wie bei der Herstellung des verteilungspolitischen

Einvernehmens der Verbände die herkömmlichen Gruppenprivilegien und -blockaden, die daraus entstehenden Entmündigungen, Denk- und Handlungsblockaden der Menschen und Belastungen Dritter sowie die sozialen Dilemmasituationen vermieden werden können.

5. *Europäisierung des Wohlfahrtsstaates*: Die Politiker, die in Deutschland mit dem «dritten Weg» für die «Erneuerung der sozialen Demo-

kratie» werben, versuchen zugleich, den *Verantwortungsimperialismus des Staates* zu europäisieren, um den wohlfahrtsstaatlichen Steuerungs- und Finanzierungsverlust durch «verstärkte Koordination wichtiger Politikbereiche zu kompensieren» – durch Beschränkung des Steuer- und Standortwettbewerbs, eine gemeinsame, aktive Arbeitsmarktpolitik und eine Lockerung der Geldpolitik.

Begriffsspielerei statt einer ordnungspolitischen Wende

Die politischen Verfechter dritter Wege sprechen sich in Programmdiskussionen neuerdings verstärkt für eine Orientierung am Individualprinzip und an der «Zivilgesellschaft» aus. Der entscheidende Prüfstein des Regierungshandelns ist in der Perspektive dieses Ansatzes in der Wahl des ordnungspolitischen Bezugspunktes zu sehen. Eine Auswahl anhand der eingangs genannten Alternative «Kollektiv- oder Individualprinzip» zeigt deutlich, dass hier einige Verwirrung um Begriffe herrscht beziehungsweise dass lediglich Begriffsspielerei betrieben wird.

Starke Verbandsmacht

1. Die Koalitionsregierung in Deutschland orientiert sich an den «gesellschaftlichen Kräften», an den bestehenden Sozial- und Wirtschaftsverbänden. Die ohnehin problematische Macht der Verbände wird dadurch gestärkt, dass nicht die Vertragsfreiheit der Menschen, sondern die Rechte der Kollektive in den Mittelpunkt gerückt werden. Symptomatisch hierfür ist das Verbandsklagerecht, mit dem bestimmte Verbände das Recht erhalten, bei mutmasslichen Verstössen gegen den Natur- und Umweltschutz zu klagen und damit diese aus ihrer Sicht unliebsamen Projekte der alsbaldigen Entscheidung zu entziehen.

Mit dem Klagerecht der Verbände wird auch die Tarifautonomie gestärkt – mit dem Ziel, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung einfacher durchsetzbar zu machen und das *beschäftigungsfeindliche Tarifkartell* zu sichern.

Scheinselbständigkeit?

2. Dem Denken und Handeln nach dem Kollektivprinzip entsprechen auch die geplante *Einrichtung von Tariffonds* (die Zwangssparcharakter haben und den Prozess der Entmündigung der Bürger im Bereich der Vermögensbildung fortsetzen), die steuerliche Diskriminierung der Unternehmer gegenüber den Unternehmen. Wer sich als wirtschaftlich Selbständiger etablieren will, muss den Vorwurf der «Scheinselbständigkeit» entkräften, er kann sich nicht auf die Souveränität des Konsumenten berufen. Der eigentliche ordnungspolitische Bezugspunkt für die staatliche Entscheidung ist die finanzielle Sicherung und Stärkung der angeschlagenen Systeme der sozialen Sicherung, nicht der unternehmerische Mensch im Sinne des Individualprinzips.

3. Im Widerspruch zum Individualprinzip steht auch die Bemühung, die Sozialversicherungen mehr nach dem Bedürftigkeitsprinzip statt nach dem Äquivalenzprinzip zu ordnen, was erfah-

rungsgemäss zu einem kostspieligen *moralischen Fehlverhalten* bei den «Bedürftigen» und der jeweiligen Sozialbürokratie führt. Im Banne des Kollektivprinzips steht auch der Versuch, Sozialversicherungsabgaben ohne äquivalenten Anspruch der Zahler zu erheben, was einer Enteignung gleichkommt.

Lückenlose Verwaltungswirtschaft

4. Der Versuch, die Verwaltungswirtschaft im *Gesundheitswesen* immer lückenloser zu organisieren, ist die sachlogische Folge der Ausschaltung der privaten Property Rights und der Preiskoordination: Feste Budgets, kontrolliert von den Kassen, geprüft von einem medizinischen Dienst und verwaltet von einer kassenärztlichen Vereinigung, bedrohen die Ärzte in ihrer Freiberuflichkeit und sind typische Verfahren der Vereinbarungskoordination, wie sie von den dritten Wegen als Fluchtwegen her bekannt sind. Damit enden auch die dritten Schleichwege letztlich dort, wo einst die dritten Wege endeten, die die Zentralverwaltungswirtschaften effizienter und humaner machen sollten.

Weiterführende Literatur

Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt 1999.

Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD: Dritte Wege – Neue Mitte. Vorstellungen für eine Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung, Sept. 1999.

Röpke, Wilhelm: Kernfragen der Wirtschaftsordnung (Manuskript von 1953), in: *Ordo*, Band 48, 1998, S. 27–64 (mit einem Vorwort von Hans Willgerodt, Von der Sozialen Marktwirtschaft zum demokratischen Sozialismus).

Schüller, Alfred: Soziale Marktwirtschaft und Dritte Wege, *Ordo*, Bd. 51, 2000.

Watrin, Christian: Soziale Dilemmata und Ordnungspolitik, *Studien zur Ordnungsökonomie*, Nr. 22, Stuttgart 1999, S. 35–54.

Der Autor

G. S. Alfred Schüller, geb. 1937 in Ahrweiler, zählt zu den prononciertesten Vertretern des sogenannten Ordoliberalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Abitur in Wiesbaden und dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn (1958 bis 1962) war er zunächst in Institutionen der Entwicklungshilfe und der Mittelstandsforschung tätig. Nach der Promotion (1966) zum Thema «Dienstleistungsmärkte in der Bundesrepublik Deutschland – Sichere Domänen selbständiger mittelständischer Unternehmen?» und der Habilitation über «Osthandelspolitik als Problem der Wettbewerbspolitik» (1972, Buchveröffentlichung 1973), die ebenfalls in Bonn erfolgte, wurde er 1973 als Professor an die Universität zu Köln und 1976 an die Philipps-Universität Marburg berufen. In Verbindung mit dem Lehrstuhl «Ordnungstheorie und Wirtschaftspolitik» leitet er dort unter anderem die «Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme». Schüller hat sich zwar in der Lehre mit fast allen Gebieten der Wirtschaftspolitik befasst, von der Agrar- bis zur Industriepolitik, von der Wettbewerbs- bis zur Geldtheorie, aber der eindeutige Schwerpunkt seiner Forschung liegt in der vergleichenden Analyse von Wirtschaftssystemen sowie in Ordnungsfragen der internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen. Schüller ist Mitglied zahlreicher Vereine, Gesellschaften und Stiftungen sowie Mitherausgeber des Ordo-Jahrbuchs und der «Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft».

Aus seinem umfangreichen Werk seien hier nur einige Aufsätze der letzten zehn Jahre erwähnt: Property Rights und ökonomische Theorie, München 1983; China im Konflikt zwischen verschiedenen Ordnungskonzeptionen, Berlin/München 1985; Does Market Socialism Work?, London 1988; Ansätze einer Theorie der Transformation, in: Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1992, S. 35 ff.; Die europäische Integration als ordnungspolitische Aufgabe, Stuttgart/Jena/New York 1993 (mit H. Gröner); Umverteilungschaos im Versorgungsstaat, Ausgewählte Vorträge, 1994; Ordnungspolitische Dimensionen der Globalisierung, in: R. Biskup (Hrsg.), Globalisierung und Wettbewerb, Bern/Stuttgart/Wien 1996, S. 81 ff.; Die Kirchen und die Wertgrundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, in: Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1997, S. 727 ff.